

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	77 (1983)
Heft:	4
Artikel:	Kommerzialisierung der Medien : eine Herausforderung für Christen und Kirchen
Autor:	Frischknecht, Jürg
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-143038

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

JÜRG FRISCHKNECHT

Kommerzialisierung der Medien

Eine Herausforderung für Christen und Kirchen

Lamentieren oder Handeln?

Die Neuerungen und Veränderungen, die uns im Medienbereich in diesem Jahrzehnt ungefragt ins Haus stehen, werden unseren Alltag und unsere Lebensqualität nachhaltig beeinflussen. Die Medienpolitik wird sich in den kommenden Jahren zu einem ähnlichen Problemfeld entwickeln wie heute die Energiepolitik oder die sich abzeichnende massive Arbeitsplatzvernichtung (strukturelle Arbeitslosigkeit). Die Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren markierte in der Medienentwicklung eine entscheidende Zäsur: Aus wirtschaftlichen und aus ideologischen Gründen kündigten Interessenten die lange Zeit praktizierte und allgemein anerkannte Arbeitsteilung zwischen privatwirtschaftlicher Presse einerseits und öffentlich in die Pflicht genommenen, pluralistisch konzipierten Radio und Fernsehen andererseits. Inzwischen erleben wir den rabiaten Zugriff kommerzieller Interessen auf die elektronischen Medien. Diese Auseinandersetzungen werden die Medienpolitik in diesem Jahrzehnt dominieren (weit mehr als die Geplänkel in der Presse, wo der Markt vergleichsweise gesättigt ist; außer dem «Blick» hat sich seit 1920 keine größere neue Tageszeitung mehr durchsetzen und halten können).

Wir stecken bereits mitten in diesem Umbruch drin. Mitte 1982 ermöglichte der Bundesrat mit der «Verordnung über lokale Rundfunk-Versuche» (RVO) erstmals privaten Kommerzfunk, obwohl sowohl die rechtliche (kein Verfassungsartikel über Radio und Fernsehen) wie die politische Abstützung (keine Vernehmlassungsmehrheit für Radiowerbung) fehlte. Die ersten Privatsender werden Ende dieses Jahres beginnen, die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) zu konkurrenzieren. Beim Satellitenfernsehen warten die dreisten Geschäftemacher gar nicht erst ab, was die Politiker entscheiden, sondern schaffen lieber gleich selber Faits accomplis (in vielen Schweizer Kabelnetzen wird bereits das Londoner Satellitenfernsehen angeboten, weitere Satellitenprogramme könnten diesen Herbst folgen). Und die PTT lancieren zusammen mit der interessierten Industrie mit Volldampf das System Videotex (Telefon-Bildschirmtext), das wohl folgenreichste der zur Diskussion stehenden Neuen Medien.

Wie weit sich die Kommerzialisierung der elektronischen Medien durchsetzen wird, hängt davon ab, ob und in welchem Ausmaß sich

Gegenkräfte zur Wehr setzen. Im Kern geht es stets um die Frage, ob die Entwicklung auf Werte verpflichtet wird oder bloß auf Mehrwert zielt. Unnötig, lange zu begründen, daß diese Frage auch Christen und Kirchen nicht nur betrifft, sondern zu Stellungnahme und Handeln herausfordern muß — müßte.

Landeskirchliches Pläoyer für die öffentliche Kommunikation

Am 22. März 1983 haben die evangelische, die römisch-katholische und die christkatholische Landeskirche gemeinsam «Thesen der Kirchen — Zur Entwicklung der Massenmedien» (insbesondere der elektronischen) veröffentlicht und damit einen wichtigen, auf Jahre hinaus verbindlichen Markstein gesetzt. Während sich die Kirchen lange Zeit vorwiegend um die eigene Öffentlichkeitsarbeit kümmerten und in den Medien eine Möglichkeit für die Fortsetzung der Verkündigung mit andern Mitteln sahen, haben sie sich in den letzten Jahren immer mehr den Medien insgesamt zugewandt. Die Kirchen interessieren sich nicht mehr «bloß» für «ihre» religiösen Sendungen, sondern für das Programm als Ganzes. Diese Haltung nehmen auch die Thesen ein: «Gesamtgesellschaftliche Mitverantwortung hat für die Kirchen im Rahmen der gegenwärtigen schweizerischen Medienordnung Vorrang vor unabhängiger kirchlicher Informationspraxis in allen Medienbereichen. Sofern die Stimme der Kirchen unverfälscht vernehmbar wird, nützen sie deshalb die jetzige Umbruchssituation im Medienwesen nicht dazu aus, im Radio oder Fernsehen eigene Verkündigungssender schaffen zu wollen.»

Diese Ausrichtung auf die «gesamtgesellschaftliche Mitverantwortung» nahmen die Kirchen bereits in den vergangenen Jahren wiederholt wahr. Hier seien nur zwei Beispiele, eines aus dem evangelischen und eines aus dem katholischen Bereich, erwähnt. Beispiel 1: In der Vernehmllassung zum Projekt der britisch-schweizerischen Firma Tel Sat AG nahmen die Landeskirchen fundiert gegen das geplante gigantische Berieselungsprogramm Stellung. «Der Mensch hat Vorrang vor der Technik», betonte der Evangelische Kirchenbund (dokumentiert im «Reformatio»-Heft vom Juni 1981, das generell den Medien gewidmet ist): «Damit hat der Kirchenbund deutlich gemacht, daß es ihm vor allen Dingen um den Menschen und nicht um irgendwelche wirtschaftlichen und machtpolitischen — oder kirchenpolitischen — Überlegungen geht.» In dieser Vernehmllassung formulierte der Kirchenbund ganz allgemein Bedingungen für die Zulassung neuer Medien:

- «1. Möglichst kein weiterer Abbau von Primärerfahrungen
- 2. Bildungsauftrag ebenso ernst nehmen wie Unterhaltungsauftrag

3. Gesellschaftlich unterprivilegierte Gruppen und kulturelle Minderheiten sind zu berücksichtigen
4. Künftige Medien müßten mehr lokal verankert sein
5. Es müßten bessere Formen der Partizipation gefunden werden
6. Die Ausübung der demokratischen Kontrolle müßte gewährleistet sein.»

Beispiel 2: Im Sommer 1981 deponierte die (katholische) Arbeitsstelle für Radio und Fernsehen bei der Kopp-Kommission für ein Medien-Gesamtkonzept Postulate zu einem künftigen Radio- und Fernsehgesetz — zu einem sehr frühen Zeitpunkt also (damals lief erst langsam die Diskussion um den neuen Radio- und Fernsehaktikel an). «Ein waches Bewußtsein der Öffentlichkeit bei der Behandlung dieses Gesetzes scheint uns notwendig, weil hier wichtige Weichenstellungen für die Medienlandschaft der Schweiz fallen werden», schrieb die Arbeitsstelle. «Die Gruppe befürwortet, daß das Betreiben von Sendern an einen öffentlichen Auftrag gebunden ist.» Aus zahlreichen Gründen sprach sich das Papier gegen Werbung im lokalen Rundfunk aus: «Bei der Finanzierung durch Werbung werden die Kosten indirekt auf den Konsumenten abgewälzt, ohne daß der Bürger etwas dazu zu sagen hätte. Die Finanzierung durch Werbung kann zusätzlich den Veranstalter finanziell (Inseratboykott) und auch tendenziell in seiner Programmgestaltung (Orientierung an Einschaltquoten) abhängig machen.» Die beiden hier zitierten Texte — die evangelische Kritik an Tel Sat und ein katholischer konstruktiver Beitrag für ein künftiges Radio- und Fernsehgesetz — sind typisch für die Medienpolitik, wie sie von den kirchlichen Fachstellen verfolgt wird.

Option für das Modell SRG

Eine konsequente Fortsetzung dieses medienpolitischen Engagements bedeuten die jetzt veröffentlichten 16 Thesen. Sie wurden von den kirchlichen Medien-Facharbeitern in einem längeren Diskussionsprozeß sorgfältig formuliert und (was wichtig ist) von den offiziellen Gremien abgesegnet und öffentlich vorgestellt. Thesen und begleitender Kommentar orientieren sich «am Leitbild einer humanen Gesellschaft und deren Bedürfnissen nach öffentlicher Kommunikation»: «Die Massenmedien haben in erster Linie die Aufgabe, Voraussetzungen für das öffentliche und demokratische Umgehen mit gesellschaftlichen Fragen zu schaffen.»

Ohne es explizit zu formulieren, bedeuten die Thesen eine klare Option für das Modell SRG, das durch die bundesrätliche Konzession auf einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag verpflichtet ist und ins-

besondere die verschiedenen Strömungen in diesem Land zu Wort kommen lässt (oder lassen sollte). Kirchen und SRG haben ihre gegenseitigen Beziehungen 1979 in einer ausführlichen Vereinbarung schriftlich festgehalten. Auch in der neuen medienpolitischen Situation, die neben der SRG Privatfunk zuläßt, setzen die Landeskirchen weiterhin auf das öffentliche SRG-Modell. An der Pressekonferenz zur Vorstellung der Kirchenthesen formulierte es der evangelische Radiobeauftragte Andres Streiff unmißverständlich: «Die SRG ist weitaus die beste Möglichkeit. Alles andere ist Gettoradio. Und das ist für eine Volkskirche nicht das Richtige.» Mit Ausnahme von Genf haben denn auch die Landeskirchen keine Konzessionsgesuche für Lokalradio eingereicht, und gegenüber den zahlreichen Projekten empfehlen die kirchlichen Fachstellen eine zurückhaltende, sorgfältig abwägende Position. Trotz dieser Empfehlungen waren verschiedene lokale Kirchenbehörden rasch bereit, irgendwelchen Projekten die so dringend benötigte «breite Abstützung» und Legitimation zu liefern. «Radio Z», das Projekt des politischen und wirtschaftlichen Zürcher Establishments, führt denn auch stolz die Mitgliedschaft des Kirchenrates der evangelisch-reformierten Landeskirche und des Verbandes der römisch-katholischen Kirchgemeinden der Stadt Zürich ins Feld.

Die Option der Kirchen für die SRG entspricht zweifellos der grundsätzlichen medienpolitischen Stoßrichtung, dürfte indessen auch einen nicht ganz uneigennützigen Hintergrund haben. Zwischen Landeskirchen und SRG hat sich so etwas wie ein «Kartell der Etablierten» eingespielt — sehr zum Ärger evangelikaler und fundamentalistischer Kreise, die sich übergangen fühlen. Konsequenterweise attackieren sie das SRG-Monopol und möchten gern selbst Radio machen. Die «Arbeitsgemeinschaft für christliches Radio» (ACR) in Au/Wädenswil, die sich im illegalen «Radio 24» für Morgensendungen eingemietet hat, koordinierte beispielsweise die Unterschriftensammlung jenes (rechts-) «Christlichen Komitees für freies Radio und Fernsehen», das ohne Erfolg die Anti-SRG-Initiative des Landesrings zu retten versuchte: «Wir fordern unsere eigenen Sender, denn auch wir haben eine Botschaft für das Volk: In Jesus Christus und nicht in Karl Marx ist das Heil der Völker.» Die ACR hat verschiedene Konzessionsgesuche für Lokalradio eingereicht, ebenso die Organisation «Emetteur Protestant International», die in den sechziger Jahren noch von der evangelischen Landeskirche mitgetragen war und für die heute Adrian Studer unterschreibt, der Präsident von Richard Wurmbrands «Märtyrerkirche». Diese Konzessionsgesuche religiöser Außenseitergruppen werden nach allgemeiner Einschätzung keine Bewilligung erhalten. Die offizielle kirchliche Medienpolitik hat den wohl erwünschten Nebeneffekt, sol-

chen Außenseitergruppierungen keinen Platz im schweizerischen Aether zuzugestehen.

Prüfsteine Weltinformationsordnung und Videotex

Obschon die 16 Medienthesen der Kirchen zurückhaltend-allgemein formuliert sind, enthalten sie sehr wohl Sprengstoff — sobald man sie anhand der aktuellen politischen Traktandenliste konkretisiert. Zwei besonders heikle Themen seien hier herausgegriffen: Weltinformationsordnung und Videotex. In der These über eine «Neue Weltordnung der Information und Kommunikation» verlangen die Kirchen: «Die Abhängigkeit der Dritten Welt von Medienstrukturen und Informationen, die durch die Industrieländer geprägt und teilweise von großen Medienkonzernen beherrscht sind, ist eine besonders problematische Form des allgemeinen Nord-Süd-Gefälles.» Auch weltweit sei nicht die kommerzielle, sondern «die Entwicklung der öffentlichen Kommunikation» zu fördern: «Dazu gehört der Abbau von einseitigen Abhängigkeiten, die eigenständige Entwicklung des Medienwesens im jeweiligen Kulturkreis, ungehinderte Informationsbeschaffung und freie Meinungsäußerung sowie ein partnerschaftlicher Austausch auf allen Ebenen.» Im Kommentar zur These berufen sich die Verfasser ausdrücklich auf den sogenannten McBride-Bericht der Unesco. Damit beziehen die Kirchen eine Position, die der offiziellen Politik der Schweiz in dieser Frage diametral entgegengesetzt ist. Bislang war die Schar der Kritiker der superwestlichen schweizerischen Politik klein: entwicklungspolitische Gruppierungen und die Schweizerische Journalisten-Union. Jetzt haben sich die Kirchen dazugesellt, darf man erwarten.

Mindestens so brisant ist die kirchliche Position, wenn man sie auf das geplante System Videotex (Telefon-Bildschirmtext) übersetzt. Videotex, das von PTT und interessierten Firmen vorangetrieben wird und ab diesem Herbst in den Gebieten Zürich und Lausanne getestet werden soll, ermöglicht, mittels Telefon Informationen aus einer im Prinzip unbeschränkt fütterbaren Datenbank auf den Fernsehbildschirm zuhause abzurufen. Da Rückmeldungen möglich sind, leistet das System sehr viel: Informieren, buchen, reservieren, bestellen, Bankzahlungen vornehmen usw. «In jedem Fall», fordert These 10, soll «vor der Anwendung neuer Informationstechniken und vor der massiven Ausweitung des Medienangebotes die Frage nach den Auswirkungen gestellt und auf breiter Basis gründlich diskutiert werden. Dieser Diskussion ist unbedingt Vorrang zu geben vor wirtschaftlichen Sachzwängen, die angeblich auf schnelle Realisierung drängen.» Und weiter in These 12: «Die Abwicklung von bisher im persönlichen Kontakt vollzogenen Alltagsvorgängen über elektronische Informationssysteme

zieht soziale Schäden nach sich und ermöglicht eine immer weitergehende Ueberwachung des Einzelnen.» Dieser Passus ist eindeutig auf Videotex gemünzt, auch wenn das System nicht beim Namen genannt wird. Konkret kann das nur heißen: Die Kirchen lehnen Videotex ab, ganz sicher aber die überstürzte Art und Weise der Lancierung. Deutlicher hat das der Thesen-Mitverfasser Urs Meier, Fernsehbeauftragter der evangelischen Kirchen, im Januarheft 1983 von «Reformatio» formuliert: «Eine sozialethische Betrachtungsweise wird sich der Annahme nicht verschließen können, daß die Gefahren von Videotex schwerer wiegen als dessen anzunehmender Nutzen. Folgen wie sozialer Kontaktverlust, Uebergriff der Arbeitswelt auf die Privatsphäre, Abbau von Arbeitsplätzen und wirtschaftliche Machtkonzentration können durch breiteres Informationsangebot und größeren Komfort im Dienstleistungsbereich nicht aufgewogen werden.» Folgen die Kirchen in dieser wichtigen Frage der Ansicht ihrer Fachstellen, so müßten sie auf eine Beteiligung bei Videotex verzichten — im Gegensatz zu den deutschen Kirchen, die beim analogen deutschen System Btx (Bildschirmtext) mit dabei sind. «Der liebe Gott als weißer Wirbelwind», geben Kritiker zu bedenken, denn Btx liefert neben Bibelsprüchen auch jede Menge Werbung. «Das Wort Gottes zwischen Werbespots ist eine medienethisch fragwürdige Sache», schreibt auch Bruno Schletti in einem Beitrag für den «Zürcher Kirchenboten» (1. August 1982).

Bloß Stimme erheben oder auch handeln?

Mit den beiden Beispielen Weltinformationsordnung und Videotex ist die Frage gestellt: Was unternehmen die Kirchen, um ihre Haltung in die aktuelle politische Auseinandersetzung einzubringen? Werden die Kirchen den schön formulierten Thesen auch politische Taten folgen lassen? Nein, war die unmißverständliche Antwort an der Pressekonferenz vom 22. März. Die Thesen verstünden sich als «Beitrag zur Bewußtseinsbildung» — was bereits einen politischen Schritt darstelle. Mehr sei im Moment nicht zu erwarten.

Vielleicht wäre mehr von den Kirchengremien auch nicht mehr abgesegnet worden. Doch: Was nützt es, wenn die Kirchen ihre «Stimme erheben», diese aber von den Promotoren einer Medienkommerzialisierung problemlos übergangen werden kann? Die Kirchen lamentieren zwar über unerwünschte Entwicklungen, aber sie unternehmen zu wenig, um diese Entwicklungen zu stoppen und zu verhindern. Sie definieren sozialethische Maßstäbe, aber lassen zu, daß diese übergangen werden. Mit solchen Kritikern werden die Strategen der Neuen Medien schnell fertig. Ein gemischtes Symposium zur Beschäftigung und Beruhigung der Störefriede, abzubuchen unter Marketing- und Einführungsspesen.

Anders gesagt: Die kirchlichen Medienthesen sind eine nützliche Plattform — aber nur, wenn konsequent und hartnäckig auch Taten folgen, wenn gegenüber Systemen wie Videotex nicht eine «Für-alle-Fälle-dabei-sein»-Haltung eingenommen wird, sondern «im Sinne einer Medienökologie» (auch das steht in den Thesen) radikal Nein gesagt wird zu einem Fort-Schritt, der bloß auf Mehrwert zielt statt auf Werte.

Selbstverständlich gibt es auch heute Christen und christliche Gruppen, die nicht nur ihre «Stimme erheben», sondern auch handeln oder doch zum Handeln auffordern. Zeugnis einer solchen Haltung ist das Papier «Kirchen und Fernsehen — Thesen und Erläuterungen grundsätzlicher Art mit Blick auf einige konkrete Probleme», das der «Arbeitskreis Kritische Kirche Bern» im Sommer 1981 vorlegte. Wo die Thesen der Landeskirchen vorsichtig-allgemein bleiben, redete dieses Papier Klartext: «Wir sind entschieden gegen die Aufhebung des (SRG-)Monopols. Dieses muß bei einer Gesellschaft bleiben, die öffentlich beauftragt und kontrolliert wird.» Oder: «Erwünscht ist nicht ein Fernsehen, das politisch blockiert und ängstlich ist. Das Fernsehen darf auch politisch nicht darauf beschränkt werden, Bestehendes zu erhalten. Es muß im Gegenteil die Freiheit haben, Neuland für mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit zu suchen.» Die Lektüre dieses Papiers des «Arbeitskreises Kritische Kirche Bern» lohnt sich auch zwei Jahre nach der Veröffentlichung, zwei Jahre, die weit mehr Gewinne für die «Kommerziellen» als für die «Öffentlichen» gebracht haben.

Für ein Bündnis der Kommerzgegner

Christliches Handeln in der Medienpolitik müßte mehr als heute das Beziehen von grundsätzlichen und radikalen Positionen sein. Angesichts der schamlosen Kommerzialisierung, des Profitangriffs auf unsere Freizeit und unser Bewußtsein, heißt das sehr oft Verweigerung. Eine fortschrittliche Haltung bedeutet nicht das unkritische Mitmachen und Doch-noch-Dabeisein bei allen möglichen und unmöglichen Neuen Medien, sondern das wertorientierte Neinsagen zu unerwünschten Entwicklungen. Also eine «medienökologische» Haltung, die davon ausgeht, daß auch an der zwischenmenschlichen Kommunikation verantwortungslos Raubbau betrieben werden kann. Gut, daß das Stichwort «Medienökologie» in den Kirchenthesen Eingang gefunden hat: «Die Kommunikationsmöglichkeiten des Menschen sind ein begrenztes Gut, mit dem haushälterisch umgegangen werden muß. Im Sinne einer Medienökologie ist festzuhalten, daß nur solche Medienangebote verantwortbar sind, für die es ein begründetes Bedürfnis gibt.»

Gut auch, daß die Thesen unterstreichen, daß sich die Kirchen «als Partner all jener sehen, die bei ihrem Einsatz für das Medien-

wesen die humane Entwicklung der Gesellschaft im Auge haben». All jene? Diese leider noch allzu wenigen «all jenen» müßten sich dringend zusammenfinden. Weil sie allein gegen die Uebermacht der Profitinteressen nicht ankommen. Dringend nötig wäre eine Art Arbeitsgemeinschaft «Medien für Menschen», in der all jene kirchlichen, kulturellen, entwicklungspolitischen, gewerkschaftlichen usw. Organisationen zusammenspannen, die in der Medienpolitik eine Wert-Haltung vertreten. Ein erster Versuch in diese Richtung war im Herbst 1980 eine Veranstaltung zum Thema «Satellitenfunk», welche diese Gruppierungen gemeinsam durchführten. Damals hieß es: «Die Tagung ist ein Ausdruck der Sorge um menschenwürdige Entwicklung.» Diese Sorge, ob schon zweifellos nicht kleiner geworden, hat sich seither nicht mehr gemeinsam artikuliert. Ein Luxus, der sträflich ist.

Erwähnte Materialien

- Zur Entwicklung der Massenmedien, Thesen der Kirchen, 1983, herausgegeben vom Vorstand des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, von der Konferenz der römisch-katholischen Bischöfe der Schweiz und vom Bischof und Synodalrat der Christkatholischen Kirche der Schweiz (zu beziehen zum Preis von drei Franken beim Pressesekretariat, Pérrolles 40, 1700 Freiburg, oder beim Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund, Postfach 36, 3000 Bern 23)
- Vereinbarungen Landeskirchen — Radio und Fernsehen DRS, unterzeichnet am 9. Oktober 1979 (als Dokumentation zu beziehen bei der Arbeitsstelle für Radio und Fernsehen, Bederstraße 76, 8002 Zürich)
- Arbeitskreis Kritische Kirche Bern, Kirchen und Fernsehen, Thesen und Erläuterungen grundsätzlicher Art mit Blick auf einige konkrete Probleme, 1981 (zu beziehen zum Preis von zwei Franken beim AKK, Postfach 1015, 3001 Bern)

Als kontinuierliche und kritische Begleitung der Medienentwicklung sind die kirchlichen Fachzeitschriften «Zoom» (in der Schweiz) und «medium» (in der BRD) zu empfehlen.

Alle Menschen sind auf Informationen über Ereignisse angewiesen. Indem die Massenmedien solche Informationen vermitteln, helfen sie zur Meinungsbildung. Zum Christsein gehört das Interesse für die Welt, denn christliche Hoffnung gilt auch dieser Welt. Christen sollen die Zeichen der Zeit beachten. Massenmedien helfen, sie zu sehen und zu deuten. Doch gerade dieser Dienst, den die Medien der ganzen Gesellschaft zu leisten haben, ruft oft Abwehrhaltungen hervor. Sie äußern sich unter anderem darin, daß den Massenmedien manchmal die Rolle des Sündenbocks zugeschoben wird.

(Thesen der Kirchen — Zur Entwicklung der Massenmedien, These 7)
